

A n n e x e s

A n h a n g

au procès-verbal n° 11

du 18 septembre 2014

zum Stadtratsprotokoll Nr. 11

vom 18. September 2014



Annexe n°1

Beantwortung

des dringlichen überparteilichen Postulats 20140104 Max Wiher, GLP, Lena Frank, Grüne, Dana Augsburg-Brom, SP, Urs Brassel, FDP, Reto Gugger, BDP, Pascal Bord, SVP, "Städtischer Cannabis-Pilotversuch"

Der hier behandelte Vorstoss enthält folgende Anliegen:

1. Der Gemeinderat wird aufgefordert, sich gemeinsam mit den interessierten Städten abzusprechen und sich aktiv am städtischen Forschungsprojekt für einen wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis zu beteiligen.
2. Der Gemeinderat wird eingeladen, sich auf nationaler Ebene gemeinsam mit den interessierten Städten für die Schaffung der dafür notwendigen rechtlichen Voraussetzungen einzusetzen.
3. Der Gemeinderat soll den Stadtrat über seine Aktivitäten betreffend Punkt 1 und 2 jährlich informieren.

Der Gemeinderat kann dazu wie folgt Stellung nehmen:

Die Städte Basel und Zürich haben im Jahr 2012 die im vorliegenden Zusammenhang notwendigen Abklärungen vorgenommen. Das Betäubungsmittelgesetz des Bundes lässt Projekte zur kontrollierten Drogenabgabe nicht zu. Für Forschungsprojekte im Zusammenhang mit der beschränkten medizinischen Anwendung von Cannabis ist eine Bewilligung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) erforderlich. Die Abklärungen haben ergeben, dass ein Pilotversuch mit einem kontrollierten Verkauf von Cannabis zum genussorientierten Konsum unter den bestehenden rechtlichen und bewilligungstechnischen Bedingungen nicht realisierbar ist.

In der Folge brachte eine überparteiliche Arbeitsgruppe von Grossrätinnen und Grossräten aus Genf ein neues Modell in die Diskussion. Die Arbeitsgruppe hat vorgeschlagen, in Genf und weiteren Schweizer Städten ein Pilotprojekt mit "Cannabis Social Clubs" durchzuführen. In der Zwischenzeit haben sich die Städte Genf, Basel, Zürich und Bern im Februar 2014 erstmals getroffen, um die nötigen Abklärungen für eine Realisierung vorzunehmen.

Zu Punkt 1. und 2.:

Cannabisprodukte gehören zu den mit Abstand am häufigsten konsumierten illegalen Substanzen in der Schweiz. Bei der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen beispielsweise lag die Jahresprävalenz bei 9.5%. Auch wenn die meisten Konsumenten und Konsumentinnen sozial und psychisch unauffällig bleiben, hat Cannabis ein körperliches wie auch psychisches Risikopotential. Diverse wissenschaftliche Untersuchungen¹ zeigen auf, dass die Wirkung eines Cannabisproduktes stark von der Zusammensetzung der Wirkstoffe, insbesondere der Cannabinoide abhängt. Hochgezüchtetes Gras mit viel THC entwickelt eher eine halluzinogene psychedelische Wirkung. Sorten welche mehr Cannabidiol (CBD) und/oder Cannabinol (CBN) enthalten, wirken dagegen eher beruhigend und schmerzstillend. Am besten untersucht ist dabei neben THC das CBD, welches den negativen Effekten des THC

¹ S. auch Artikel von Alexander Bücheli, SuchtMagazin 2/2014 „Schadensminderung und Cannabis...“

entgegenwirkt. Diese wirkstoffspezifischen Unterschiede scheinen einen Einfluss darauf zu haben, ob im Zusammenhang mit dem Cannabiskonsum psychische Probleme auftauchen oder nicht. Weiter lässt sich festhalten, dass Schadensminderung bezüglich Cannabiskonsum in der Schweiz noch in den Kinderschuhen steckt. Der Hauptgrund liegt darin, dass Cannabis meist mit Tabak zusammen konsumiert wird und deshalb Cannabisschadensminderung auch Teil der Tabakprävention sein müsste. Es liegt somit im Interesse der Gesellschaft, Wege zu finden, um auf Zusammensetzung bzw. Konsumart von Cannabisprodukten einwirken zu können. Der unkontrollierte Verkauf und das Konsumieren von Cannabisprodukten stellen aus diesen sowie weiteren Gründen – wie in jeder Stadt – auch in Biel ein Problem dar, welches sich in verschiedenster Hinsicht nachteilig auswirkt.

Entsprechend ist der Gemeinderat daran interessiert Lösungen zu suchen, mit welchen das Problem angegangen werden kann. Der Gemeinderat vertritt die Auffassung, dass Ziele wie die Entkriminalisierung von Genusskonsumenten, die Trennung der illegalen Märkte von harten und weichen Drogen, die Zurückbindung des Schwarzmarktes und die Entlastung von Polizei und Justiz wohl am ehesten durch eine geordnete Marktregulierung von Cannabis erreicht werden können.

Im Zusammenhang mit der von den Postulanten angeregten Beteiligung der Stadt Biel an einem Pilotversuch bestehen aktuell verschiedene noch nicht geklärte Fragen bezüglich den zu verfolgenden Forschungszielen, konkreter Planung und Umsetzung des Forschungsprojektes; der Gewährleistung des Jugendschutz, Beschaffungskanäle, Finanzflüsse sowie Vermeidung eines "Drogentourismus", wie dies zur Hochblüte der Hanfläden der Fall war. Der Gemeinderat ist unter der Bedingung, dass auf die erwähnten Fragen befriedigende Antworten gefunden werden können, bereit, sich an einem solchen Pilotversuch zu beteiligen und sich für die Schaffung der notwendigen rechtlichen und faktischen Voraussetzungen einzusetzen.

Zu Punkt 3.:

Der Gemeinderat wird gegebenenfalls den Stadtrat im Rahmen des jährlichen Geschäftsberichts über den Fortschritt des Projekts informieren.

Aufgrund der oben stehenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das dringliche überparteiliche Postulat 20140104 erheblich zu erklären.

Biel, 18. Juni 2014

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage:

- Dringliches überparteiliches Postulat 20140104

Eing. - 5. Mai 2014

Direction de l'action sociale
et de la sécurité

Dringliches, überparteiliches Postulat

Städtischer Cannabis-Pilotversuch

Vorlass Nr./Titelv. no:

Termin / Date / Date OM:

Direktion / Direction:

Mitbericht / Coreport:

140104
18.6.14
DSS

- 1) Der Gemeinderat wird aufgefordert sich gemeinsam mit den interessierten Städten abzusprechen und sich aktiv, am städtischen Forschungsprojekt für einen wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis, zu beteiligen.
- 2) Der Gemeinderat wird eingeladen, sich auf nationaler Ebene gemeinsam mit den interessierten Städten für die Schaffung der dafür nötigen rechtlichen Voraussetzungen einzusetzen.
- 3) Der Gemeinderat soll den Stadtrat über seine Aktivitäten betreffend Punkt 1 und 2 jährlich informieren.

Begründung:

In mehreren Städten (z.B. Genf, Bern, Basel, Lausanne, Luzern, Winterthur und Zürich) wird gegenwärtig über diesen Cannabis-Pilotversuch debattiert und nach gemeinsamen, städtischen Umsetzungsmöglichkeiten gesucht.

Aus folgenden Gründen soll sich die Stadt Biel, möglichst rasch und aktiv in diesen Prozess einbringen:


- A) Zitat aus dem Zürcher Postulat: «Das Verbot des Cannabiskonsums ist Ausdruck einer blockierten schweizerischen Drogenpolitik und kriminalisiert tausende von Menschen, statt sie zu vernünftigem Genußkonsum zu leiten. Diese verkehrte Politik kostet viel Geld, welches besser für die Prävention ausgegeben würde. Die Städte sind von dieser fehlgeleiteten Politik besonders betroffen.» Dies trifft auch für Biel zu.
- B) Ein entspannter Umgang mit Cannabis mit einem staatlich kontrollierten Cannabisverkauf würde einen effizienteren Jugendschutz ermöglichen, die Polizei und Justiz entlasten und Kosten einsparen. Das eingesparte Geld könnte in Aufklärung, Prävention und Suchthilfe investiert werden.
- C) Durch den legalen Erwerb ergibt sich eine kontrollierbare Qualität, was der Gesundheit der Konsumenten hilft.
- D) Ein legalisierter Handel entzieht internationalen Verbrecherorganisationen die Erwerbsgrundlage und trägt so zur Sicherheit bei.

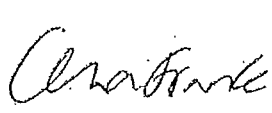
Die Stadt Biel soll mit den Städten, welche sich für eine offenere Cannabis-Politik einsetzen, zusammenarbeiten. Um die Cannabis-Diskussion zu versachlichen sind wissenschaftlich begleitete Studien, mit denen versuchsweise eine Liberalisierung erprobt wird, ein probates Hilfsmittel.

Presseberichte zum städtischen Cannabis-Pilotversuch:

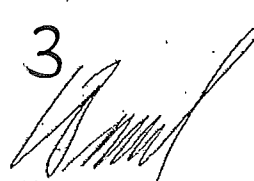
20 Minuten	05.12.13	www.20min.ch/schweiz/romandie/story/28023884
Tagli	06.12.13	www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Verhindern-dass-die-Schweiz-Cannabis-Drehscheibe-wird/story/14620971
SRF	15.01.14	www.srf.ch/news/schweiz/cannabis-klubs-genfer-wollen-zivilen-ungehorsam
BLZ	22.01.14	www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/basel-stadt/kiffen-Im-Verein-basel-zeigt-interesse-an-cannabis-clubs-127591832
Schweiz am So.	01.02.14	www.schweizsamsonntag.ch/ressort/nachrichten/neue_modelle_fuer_hanf-abgabe/
Luzerner Ztg.	02.02.14	www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/schweiz/schweiz-sda/Kommission-prueft-Hanf-Liberalisierung;art46447,331155
BAZ	16.02.14	www.bazonline.ch/basel/stadt/Raus-aus-der-Cannabis-Sackgasse/story/20774227
Blick	19.02.14	www.blick.ch/news/politik/genf-macht-beim-kiffen-dampf-id2690018.html
Der Bund	19.02.14	www.derbund.ch/schweiz/standard/Der-Staat-macht-sich-so-zum-Drogendealer/story/20146212
NZZ	19.02.14	www.nzz.ch/aktuell/schweiz/genf-als-mittelpunkt-der-neuen-cannabis-politik-1.18246428
NZZ	25.03.14	www.nzz.ch/aktuell/zuerich/uebersicht-stadt-zuerich-prueft-cannabis-klubs-1.18223709
BZ	13.03.14	www.bernerzeitung.ch/region/bern/Bern-will-Hanfkauf-befristet-legalisieren/story/31859172
Tele Top	18.03.14	www.toponline.ch/winterthur/detail/art/winterthur-beteiligt-sich-an-cannabis-projekt-001663960/

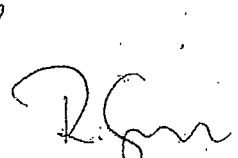
Biel, 24. April 2014

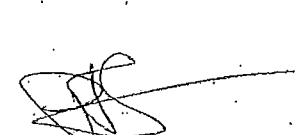

Max Wiher
glp


Lena Frank
Grüne


Dana Augsburger-Brom
SP

3

Urs Brassel
FDP


Reto Guggler
BDP


Pascal Bord
SVP